



AG Bedarfsgegenstände Jahresbericht 2013

Obmann: Markus Jahns, Frankfurt

Obmann bis Ende 2013: Dr. Andreas Pfalzgraf, Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt, Halle - Stellvertreterin: Dr. Kerstin Schulte; Prüf- und Forschungsinstitut Pirmasens, Pirmasens.

Mitgliederstand

Berufliche (aktive u. korrespondierende) Mitglieder

<i>Mitgliederzahl</i>	<i>Tätigkeitsbereiche</i>
2	Bundesbehörden
4	Ausbildung/Forschung
13	(12 Inland, 1 Ausland) Industrie
11	private Dienstleistung
22	(20 Inland, 2 Ausland) Überwachung

Summe 52 Mitglieder

Sitzungstermine: 2. Die Arbeitsgruppe widmete sich auf ihren zwei regulären Sitzungsterminen jeweils einmal dem Themenschwerpunkt Lebensmittelkontaktmaterial und einmal dem Schwerpunkt Produktsicherheit. 22 Mitglieder arbeiten in beiden Themenkomplexen aktiv mit, 28 im Bereich Lebensmittelkontaktmaterial und 26 im Bereich Verbraucherprodukte. 24 Mitglieder haben derzeit einen ausschließlich korrespondierenden Status.

Die meisten Arbeitsgruppenmitglieder sehen die aktive Teilnahme an den Sitzungen als eine effektivere Form der Weiterbildung, als die passive Teilnahme an mit Fortbildungspunkten zertifizierten Vortragsveranstaltungen. Die mit 24 ZFL-Punkten ausgewiesene Fortbildungsveranstaltung der AG Bedarfsgegenstände zur Thematik Gegenstände mit Körperkontakt, die den Schwerpunkt auf Schuhe setzte, war dementsprechend nicht ausgebucht. Die Teilnehmer und Referenten der im International Shoe Competence Center in Pirmasens durchgeführten zweitägigen Veranstaltung nahmen mit Sicherheit bleibende Eindrücke aus der Schuhherstellung, viel Hintergrundwissen zu Schadstoffen in Produkten und zahlreiche Denkanstöße und Ideen aus Diskussionen oder Pausengesprächen mit nach Hause.

Im Bereich Lebensmittelkontaktmaterialien befasste sich die AG mit den schon länger anstehenden nationalen lebensmittelrechtlichen Änderungen, dem Stand der Analytik von Mineralölbestandteilen, den neuen Empfehlungen des Europarates zu metallischen Gegenständen und der Überarbeitung der EU-Richtlinie zu keramischen Gegenständen. Hinsichtlich der nationalen Druckfarbenverordnung hat sich die Diskussion mittlerweile deutlich von der fachlichen auf die politische Ebene verlagert. Zu der Frage, ob mit einer nationalen Verordnung zu Druckfarben im europäischen Rechtsrahmen ein den Kosten angemessener Nutzen an Lebensmittelsicherheit gewonnen werden kann, hat sich die Arbeitsgruppe in den Anhörungen des BMELV nicht positioniert. Ebenfalls nur intern kommentiert wurde der Diskussionsverlauf zur geplanten nationalen Verordnung zu Mineralölen oder Mineralölbestandteilen in Lebensmittelkontaktmaterial. Die schon 2011 von der Arbeitsgruppe kommentierte, nicht eindeutige Identifizierbarkeit und Bewertbarkeit der zu kontrollierenden Stoffe, konnte auch in den folgenden Diskussionen nicht zu einem befriedigenden rechtlichen Regelungsentwurf für die bestehende, vielfältige Kohlenwasserstoffproblematik im Lebensmittelkontaktbereich führen.

Die in der Arbeitsgruppe vorgestellte Auswertung eines Ringversuchsanbieters zu der Analytik der Mineralöle, zeigte dass die von vielen Laboren in den letzten Jahren unternommenen Anstrengungen zur Etablierung einer validen Analytik der verschiedenen Fraktionen an

Kohlenwasserstoffen selbst bei scheinbar einfachen Proben noch zu keinen einheitlichen Ergebnissen führen. Schon die Frage, wie identische Chromatogramme integriert werden, führte zu gravierenden Unterschieden.

Für die metallischen Gegenstände wurde in einem Gremium des Europarates über fünf Jahre eine neue Leitlinie diskutiert. Für viele Elemente lagen mittlerweile neuere toxikologische Studien vor, die eine Absenkung der tolerierbaren Übergänge in die Lebensmittel notwendig machten. Nach dem ersten 2008 vorgelegten Entwurf wurde mit den bisher üblichen, aber nicht standardisierten Testverfahren für einige Materialien Probleme bei der Einhaltung der gesundheitlich unbedenklichen Mengen erwartet. Anfang des Jahres wurde von dem Europaratsgremium ein zweiter Entwurf für eine neue Leitlinie mit angepassten tolerierbaren unbedenklichen Freisetzungsmengen der Elemente und mit einem neuen Verfahren zur Simulation der Elementfreisetzung veröffentlicht. Aus der neuen Methodik und der vorgeschlagenen Bewertung von Übergängen in reale Lebensmittel ergaben sich für die AG eine Reihe von noch offenen Fragen. Es gelang nicht mehr innerhalb der gesetzten Fristen diese Fragen in eine Stellungnahme zu dem Empfehlungsentwurf hinein zu formulieren. Der neue Entwurf wurde sehr schnell verabschiedet. Der Umgang mit den offenen Fragen aus der Empfehlung wird sicher die AG noch weiter beschäftigen.

In dem Bereich der Verbraucherprodukte wurde 2013 die § 64 AG Bedarfsgegenstände zur amtlichen Sammlung aktiv, deren Mitglieder aus dem nicht amtlichen Bereich, über die GDCh-AG Bedarfsgegenstände vorgeschlagen wurden. Das Arbeitsprogramm orientiert sich an den konkreten Regelungen für Bedarfsgegenstände in der REACH-Verordnung für die keine nationalen oder europäischen Normen eine harmonisierte Untersuchung vorgeben. In der Arbeitsgruppe wurde die Notwendigkeit für eine Harmonisierung der Kontrolle der neuen Anforderung an Blei und Cadmium in Schmuck diskutiert.

Aus dem Normungs- und Qualitätssicherungsgedanken ergibt sich die Notwendigkeit geeignete Referenzmaterialien für gängige analytische Fragestellung nutzen zu können. Die diesbezügliche 2012 begonnene Diskussion mit Anbietern derartiger Materialien wurde mit dem Schwerpunkt Metalle 2013 fortgeführt.

Auch anknüpfend an das 2012 erstellte Positionspapier zur verbesserten Fortführung der Überwachung von stofflichen Risiken bei Produkten wurde die Frage der Kontrolle von Konformitätserklärungen und technischen Unterlagen, wie der Sicherheitsbewertung bei Spielzeug angesprochen. Es wurde deutlich, dass es entgegen der EU-Verordnung zur Produktüberwachung in den meisten Bundesländern keine öffentliche Information zur Zuständigkeit für die Überwachung der Produktunterlagen bei Spielzeug gibt. Die notwendige, interdisziplinäre personelle Ausstattung der fraglichen Überwachungsbehörden zur Kontrolle der einzufordernden Unterlagen zur mechanischen, chemischen, elektrischen und hygienischen Sicherheit von Spielzeug ist in keinem Bundesland vorhanden.

Auf der Herbstsitzung wurde turnusmäßig mit Herrn Jahns ein neuer Obmann gewählt, der die Arbeiten 2014 fortführen wird.